

GEW Kreisverband Osnabrück-Stadt - Pressemitteilung vom 4.07.2007**GEW appelliert an die Evangelische Landeskirche:****“Wir brauchen eine gute Schule für alle Kinder!”**

Der Kreisverband Osnabrück-Stadt der GEW fordert die Landeskirche auf, die Diskussion um das Schulzentrum Eversburg durch eine klare Absage an eine Übernahme in ihre Trägerschaft zu beenden. Das niedersächsische Schulsystem mit seiner überholten Struktur muss insgesamt den modernen Anforderungen der Gesellschaft und der Arbeitswelt angepasst werden. Die Reformen müssen alle Schulen umfassen. Es ist kontraproduktiv und passt nicht in die Zeit, wenn einzelne gesellschaftliche Gruppierungen aus der Schieflage des Systems sich Schülergruppen herausfiltern. Die Diskussion um die Aufnahmetermine der weiterführenden Schulen in katholischer Trägerschaft beweist, dass hier eine weitere Selektion zur bestehenden Dreigliedrigkeit etabliert wird. Die Flucht der Kirche in ein eigenes Schulsystem ist im Übrigen auch eine Ohrfeige für die niedersächsische Bildungspolitik. Jetzt, wo der Kultusminister vorgibt, alles zum Besseren zu wenden, zeigt die Evangelische Kirche ihm die rote Karte und verlässt das Spielfeld. Wenn der Kirche viel an einer guten Bildung und Ausbildung aller Kinder liegt, dann sollte sie an der Gestaltung des staatliche Schulsystem aktiv mitwirken, um eine gemeinsame und gute Schule für alle Schüler zu schaffen, und nicht aus diesem System flüchten und den Selektionsdruck verschärfen. Bemerkenswert ist das Urteil von CDU und FDP, wenn beide die „Vorzüge einer solchen Schule mit größeren pädagogischen Freiräumen“ betonen (NOZ vom 7.7.). Haben sich die Lokalpolitiker der Mehrheitsfraktionen im Landtag bereits jetzt schon im Vorfeld des Wahlkampfes von der gescheiterten Bildungspolitik ihres Kultusministers verabschiedet?

**Falsche Weichenstellung****Von Ulrich Hus, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion**

konfessionellen Privatschule aufgegeben werden soll. Vor allem bleibt es eine grundlegende sozialdemokratische Forderung, die Eltern nicht mit Schulgeld zu belasten. Die Zusage der Kirche, Einkommensschwächeren das Geld zu erlassen, ist überdies nicht zwangsläufig von Dauer. Kurzum: Es besteht die große Gefahr, dass sich dauerhaft eine soziale wie auch bildungsmäßige Benachteiligung verfestigt und sich in Osnabrück das genaue Gegenteil von dem entwickelt, was alle PISA-Studien in Deutschland einfordern.

Warum der evangelischen Landeskirche seitens der Verwaltung ausgerechnet das Eversburger Schulzentrum als künftiger Standort angeboten wurde, ohne zuvor das fachliche Votum örtlicher Akteure einzuholen, hat ebenfalls einen bitteren Beigeschmack. Festzustellen ist, dass in diesem Schulzentrum keineswegs schlechtere pädagogische Arbeit getan wird als andernorts und sinkende Schülerzahlen sehr viel mit jenen sozialstrukturellen Entwicklungen zu tun haben, die wir überall beobachten.

Weit richtiger wäre es aus Sicht der SPD-Fraktion gewesen, die Haupt- und Realschule Eversburg sowie die Außenstelle des Ratsgymnasiums in staatlicher Trägerschaft zu belassen, das Zentrum durch gezielte Fördermaßnahmen zu stärken und gemeinsam mit Eltern, Lehrkräften, SchülerInnen sowie AkteurInnen aus den Stadtteilen das besondere Profil der Schule mit erfolgreicher Integrations- und Schulsozialarbeit weiterzuentwickeln. Nach dem Ratsbeschluss droht dagegen die große Gefahr eines Verdrängungsprozesses.

Auch wenn wir den Trägern einer Evangelischen Schule keinesfalls den ehrlichen Willen absprechen, ein integratives Konzept anzustreben, bleiben große Zweifel, ob sich diese Zielsetzung realisieren lässt. Erfahrungen mit den örtlichen katholischen Schulen belegen, dass diese sehr wohl dem nahe kommen, was viele als „Eliteschulen“ bezeichnen. Einer solchen Entwicklung sollten wir gemeinsam so früh wie möglich entgegen-treten.

Der Mehrheitsbeschluss des Osnabrücker Stadtrats, offizielle Verhandlungen zur Umwandlung des bisherigen Schulzentrums Eversburg in eine Evangelisch-lutherische Schule aufzunehmen, ist aus Sicht der SPD-Fraktion eine falsche und überaus riskante Weichenstellung für die kommunale Schulpolitik.

Um es vorweg zu schicken: Unsere Position bedeutet keinesfalls die mangelnde Wertschätzung einer engagierten Arbeit der Evangelischen Kirche. Diese betreut in Osnabrück mit engagierten MitarbeiterInnen sehr erfolgreiche soziale und pädagogische Projekte. Eine ganz andere Frage ist aber, ob das einzige staatliche Schulangebot ab der 5. Klasse für gleich drei Stadtteile (Eversburg, Atter und Pye) ohne Not zugunsten einer